

Midterm-Wahlen in den USA können Handelsstreit nicht entschärfen

Investitionen dürften wegen fortbestehender Unsicherheiten 2019 weniger stark wachsen / Von Heiko Steinacher

San Francisco (GTAI) - Der Ton in der US-Handelspolitik, auch gegenüber Europa, könnte sich nach den Midterm-Wahlen sogar noch verschärfen. Von deutscher Seite befürchten vor allem Kfz-Bauer Nachteile.

16.11.2018

Nach den Kongresswahlen in den USA am 6. November 2018 bereitet sich die Europäische Union (EU) auf Gespräche über ein neues Handelsabkommen mit Washington vor. Diese könnten bereits Anfang 2019 beginnen.

Im Juli hatten die USA und die EU vereinbart, auf eine Abschaffung aller Zölle auf Industriegüter - mit Ausnahme von Autos - hinzuwirken und zunächst keine neuen Schutzzölle zu verhängen. Die US-Schutzzölle, die seit Juni 2018 auch auf Stahl- und Aluminiumimporte aus der EU erhoben werden, bestehen unterdessen fort, ebenso die Gegenmaßnahmen der EU.

Handelspolitisch dürfte sich wenig ändern

Da die Demokraten die Mehrheit im Repräsentantenhaus errungen haben, wird sich der innenpolitische Druck auf US-Präsident Donald Trump erhöhen. So dürfte es für ihn schwer werden, weitere Steuersenkungen, die er geplant hatte, durchzusetzen. Die Impulse durch die letzte Steuerreform, im Zuge derer die Unternehmenssteuern von 35 auf 21 Prozent und auch der Spitzensteuersatz für Privatpersonen sank, könnten daher ab dem Frühjahr 2019 abebben, wodurch die Konjunktur an Dynamik verlieren würde.

In der Handelspolitik könnten die USA dagegen den Ton noch verschärfen, auch in den Verhandlungen mit der EU. So könnten die Vereinigten Staaten zum Beispiel nur eine begrenzte Menge von Autoexporten in die USA von Strafzöllen ausnehmen. Außerdem drängt der transatlantische Partner auch auf den Abbau von Agrarzöllen, wogegen sich auf EU-Seite vor allem Frankreich stemmt. Ferner wollen die USA einen Großteil ihres Schiefergases, dessen Förderung sie in den letzten Jahren massiv ausgebaut haben, als Flüssiggas exportieren, unter anderem nach Europa. Hier hat die Regierung in Berlin signalisiert, den Bau eines Flüssigerdgas (LNG)-Terminals in Deutschland staatlich zu unterstützen.

Deutsche Autobauer befürchten Nachteile durch USMCA

Unklar ist nach der Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Repräsentantenhaus auch, ob das USA-Mexiko-Kanada-Abkommen (USMCA), welches das bisherige Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) ersetzen soll, tatsächlich in der Ende September ausgehandelten Form in Kraft tritt. Denn es ist denkbar, dass die Demokraten nach Erringen der Mehrheit im Repräsentantenhaus, womöglich auch unter dem Druck der Gewerkschaften, noch Änderungen am Handelsdeal fordern werden.

Von deutscher Seite wären vor allem jene Autohersteller betroffen, die wie Volkswagen oder BMW in Mexiko für den nordamerikanischen Raum produzieren: Denn zum einen sieht der Deal vor, dass ab dem Jahr 2020 drei Viertel (statt wie bisher 62,5 Prozent) der Komponenten eines Autos aus einem der drei Unterzeichnerstaaten kommen müssen, um es zollfrei in ein anderes liefern zu können. Gravierender ist indes, dass künftig mehr Teile dort gefertigt werden müssen, wo Arbeiter mindestens 16 US-Dollar pro Stunde verdienen, also weit mehr als in Mexiko; 2020 soll dieser Anteil

MIDTERM-WAHLEN IN DEN USA KÖNNEN HANDELSSTREIT NICHT ENTSCHÄRFEN

bei 30 Prozent liegen, 2023 bereits bei 40 Prozent. Die Hersteller kommen daher womöglich nicht um eine Anpassung ihrer Wertschöpfungsketten herum.

Siehe dazu "Handelsdeal mit den USA hat Folgen für Automobilfirmen in Mexiko" (11. September 2018): <http://www.gtai.de/MKT201809108001>

Unsicherheiten über die weitere Handelspolitik belasten Investitionspläne

Die Auswirkungen der Zwischenwahlen auf die US-Volkswirtschaft insgesamt sind schwer abschätzbar. Mit dem enger werdenden fiskalpolitischen Spielraum sinkt gewiss der Inflationsdruck. Im September lag die Preissteigerungsrate in den USA bei etwa 2 Prozent, also genau der Zielmarke, die die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) ansteuert. Daher verwundert es nicht, dass die Fed nach den Midterms den Leitzins unverändert auf dem Niveau zwischen 2 und 2,25 Prozent belassen hat. Bis zum Jahresende könnte die Inflationsrate allerdings noch leicht steigen. Die anhaltend florierende Gesamtwirtschaft hat die US-Währungshüter dazu veranlasst, eine leichte Zinserhöhung für Dezember in Aussicht zu stellen, um eine Überhitzung der Konjunktur zu vermeiden.

Viele Beobachter sind sich indessen darin einig, dass der Aufschwung im nächsten Jahr etwas abflachen wird. Während das Bruttoinlandsprodukt 2018 real noch um knapp 3 Prozent zulegen dürfte, könnten es 2019 nur noch um die 2,5 bis 2,6 Prozent werden. Da die Unsicherheiten über die weitere Handelspolitik die Forschungs- und Investitionspläne der Unternehmen erheblich beeinträchtigen können, ist insbesondere schwer absehbar, wie sich die Investitionen entwickeln werden. Die meisten Prognosen sagen für 2019 einen Anstieg der Anlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau) in einem Korridor von nur noch 2,5 bis 5,5 Prozent voraus, nach einem erwarteten, satten Plus um 6 bis 7 Prozent im Jahr 2018.

Euro im November 2018 auf Tiefststand gegenüber Dollar seit Juni 2017

Gegenüber dem Euro hat der Außenwert des Dollar in der Woche nach den Midterms um knapp 2 Prozent zugelegt. Die Schwäche der europäischen Gemeinschaftswährung im Spätherbst 2018 hat nach weitläufiger Meinung aber weniger mit der erwarteten Straffung der geldpolitischen Zügel durch die Fed zu tun als vielmehr mit dem umstrittenen italienischen Haushalt und der Gefahr eines harten Brexit.

Weitere Informationen zu den USA finden Sie unter: <http://www.gtai.de/usa>

Mehr zu:

USA

Außenwirtschafts-, Industriepolitik / Fahrzeuge, übergreifend

Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Robert Matschoß

Wirtschaftsexperte



+49 228 24 993 244



[Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.